Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

269 (16.11.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 269 | Mittwoch, den 16. November 1932 | 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Nach Beurteilung der zuständigen deutschen Stellen charakterisiert sich der französische Konstruktivplan nicht als Abrüstungsplan, sondern als Plan zur politischen Organisierung Europas.

*

Die Sozialdemokraten beschlossen, der Einladung des Reichskanzlers zu einer Besprechung nicht Folge zu leisten.

*

Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold sprach vor der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels.

*

Der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser ist aus der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels ausgeschieden.

*

Der Ausfuhrüberschuß beträgt im Oktober ebenso, wie im September 84 Millionen Reichsmark.

*

Der drohende Fehlbetrag von 12,1 Milliarden Franken im französischen Haushalt soll durch Kürzung der Pensionen und Beamtengehälter, neue Steuern und dergl. gedeckt werden.

*

Anläßlich des 70. Geburtstages Gerhart Hauptmanns fand am Dienstag abend im Berliner Staatlichen Schauspielhaus eine würdige Feier statt, zu der zahlreiche Vertreter der Reichsregierung, der preußischen Behörden, des Diplomatischen Korps u. a. erschienen waren. Reichskommissar Dr. Bracht überreichte dem Jubilar die Goldene Staatsmedaille.

*

Im 28. Berliner Sechstagerennen wurden die Franzosen Broccardo-Guimbretiere vor den Deutschen Funda-Schön Sieger.

*

Die Taifunverheerungen in Japan sind außerordentlich groß. Die Regierung hat 3 Millionen Yen als erste Hilfsmaßnahme bewilligt.

Parteiführer-Empfänge am Mittwoch

Entscheidungen erst nächste Woche

Berlin, 15. Nov. Reichskanzler **von Papen** ist am Montag abend nicht, wie ursprünglich vorgesehen, nach Berlin zurückgekehrt, sondern hat sich von Dresden aus nach Halle begeben, zum Besuch des Grafen Wuthenau auf Schloß Hohenturm (Kreis Bitterfeld), wo er bereits vor etwa drei Wochen weilte. Er traf dort mit politischen Freunden zusammen, um abermals — ähnlich wie am Samstag in Schlesien — wichtige politische Unterredungen zu führen, die mit der Frage einer Zusammenkunft mit dem Führer der NSDAP. im Zusammenhang stehen. Der Kanzler traf am Dienstag mittag wieder in Berlin ein, wird jedoch entgegen den bisherigen Dispositionen erst am Mittwoch die Empfänge der Parteiführer fortsetzen. Inzwischen hat der Reichskanzler auch den Führern der SPD., **Wels** und Dr. **Breitscheid**, eine Einladung zu einer Besprechung zugehen lassen, die bereits angenommen worden ist. Der Reichskanzler wird als Vertreter des Zentrums den Prälaten Kaas und voraussichtlich auch den Abgeordneten Joos, für die Sozialdemokraten die Abgeordneten Wels und Breitscheid und für die Bayerische Volkspartei den Staatsrat Schäffer empfangen.

Der Führer der NSDAP., Adolf Hitler, wird für Donnerstag in Berlin erwartet. Es ist jedoch nach wie vor nicht sicher, ob sich Hitler selbst oder auch nur ein Stellvertreter zu einer Aussprache mit Papen bereitfinden wird. Der „Völkische Beobachter" erklärt, „daß Papen als Partner für ernsthafte politische Verhandlungen gar nicht in Frage komme". Dagegen veröffentlicht Strasser in der NSK. einen Artikel, der anders gedeutet werden kann. Das Gebot der Stunde sei, die nationalsozialistische Bewegung in den Staat einzubauen und ihr die Führung des Volkes zu übergeben, damit sie sich bewähre oder beim Versagen zugrunde gehe. Die aus durchsichtigen Gründen aufgetauchten Gerüchte über eine sofortige Reichstagsauflösung sind inzwischen so rasch sie gekommen sind, wieder verstummt.

Die Besprechungen werden den ganzen Tag ausfüllen und auch am Donnerstag ist der Kanzler durch diese und andere Fragen sehr stark in Anspruch genommen. Da er Donnerstag abend die Reise nach Süddeutschland antritt, ist nicht mehr damit zu rechnen, daß er dem Reichspräsidenten noch in den nächsten Tagen Bericht erstatten kann. In unterrichteten Kreisen rechnet man mit diesem Besuch erst für Montag. **Das bedeutet, daß irgendwelche politischen Entscheidungen, die sich aus den Parteiführerempfängen ergeben, nicht vor der nächsten Woche fallen können.**

*

Sozialdemokraten gehen nicht zum Kanzler

Berlin, 15. Nov. Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. meldet, hat der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einstimmig beschlossen, der Einladung des Reichskanzlers von Papen zu einer Unterredung in der Reichskanzlei nicht zu folgen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion teilt zu diesem Beschluß noch folgendes mit:

„Der Reichskanzler von Papen hat durch zweimalige Auflösung des Reichstags das deutsche Volk zwei Mal über seine Regierungspolitik befragt, und zweimal vernichtende Absagen erhalten. Die Verfassung, die er beschworen hat, gibt ihm nicht das Recht, weitere Verhandlungen zu führen; sie verpflichtet ihn vielmehr zum Rücktritt. Der Reichskanzler von Papen hat sich bei seinem Vorgehen gegen die rechtmäßige Regierung Preußens über die Verfassung und den Spruch des höchsten Gerichts ebenso hinweggesetzt, wie er durch sein Verbleiben im Amte das Urteil des Volkes mißachtet hat. Er hat in seinen öffentlichen Reden die Parteien verunglimpft und diejenigen, die sich seiner Politik entgegenstellen als Feinde des Volks bezeichnet. Sein ganzes Verhalten macht ihn als Verhandlungspartner für die Sozialdemokratische Partei ungeeignet.

Die Sozialdemokratische Partei erblickt in dem Reichskanzler von Papen den Sachwalter einer winzigen Minderheit, die sich in rücksichtsloser Wahrnehmung ihrer eigenen Klasseninteressen nicht scheut, über das Grundgesetz der Republik und die Rechte des Volkes hinwegzugehen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kann aus allen diesen Gründen von der geplanten Besprechung ein Ergebnis nicht erwarten. Er hält es indes für notwendig, in aller Oeffentlichkeit seine Stimme zu erheben gegen eine Politik, die sich mit jedem Schritt von dem Boden des Rechts weiter entfernt. Er wendet sich aufs schärfste gegen die öffentlich erörterten verbrecherischen Pläne, die darauf abzielen, die durch Beschluß der Nationalversammlung rechtmäßig zustandegekommene Verfassung auf verfassungswidrigen Wegen abzuändern und fordert den Rücktritt dieser Regierung."

*

NSDAP. beharrt auf ihrem Totalitätsanspruch

München, 15. Nov. Gregor Strasser fordert aufs neue in einem Artikel in der nationalsozialistischen Parteikorrespondenz die Einschaltung der „außerordentlich starken, aufbauwilligen, opferbereiten, energiegeladenen Kräfte des Nationalsozialismus in die Staatsführung". — „Und zwar", so schreibt er, „ganz ohne Widerspruch, ungeteilt u. uneingeschränkt, garantiert allein durch den Entscheid des Schöpfers und Führers der Bewegung."

Die N. S. K. zur Lage

T.U. **München,** 15. Nov. Der Reichspressechef der N.S.D.A.P., Dr. Otto Dietrich, veröffentlicht in der Mittwochnummer der N.S.K. einen Artikel mit der Ueberschrift „Präsidialregierung und Verantwortlichkeit". Darin heißt es nach einem Hinweis auf die Pläne des Herrn von Papen u. a., die Sünden einer parlamentarischen Regierung habe allein das Volk auszubaden. Wen aber treffe die Last der Verantwortung für den Schaden, den das Versagen einer vom persönlichen Vertrauen des Reichspräsidenten berufenen Präsidialregierung für Volk und Reich anrichte? Das sei bezüglich des Präsidialkabinetts die Kehrseite der Medaille, die sich bereits heute stark in den politischen Vordergrund schiebe und, wenn der Reichspräsident gut beraten sei, nicht ohne Einfluß auf seine weiteren Entscheidungen sein werde. Für den Generalfeldmarschall als Träger eines historischen Namens werde es nicht gleichgültig sein, ob unter seiner Präsidialherrschaft der aus dem Volke selbst herausgewachsenen großen nationalen Freiheitsbewegung die Wege geebnet oder statt dessen durch die Regierung seines besonderen Vertrauens der Bolschewismus groß gezogen würde. Wenn der Reichspräsident sich nicht von dem verhängnisvollen Rezept des Herrn von Papen distanziere, dann werde ihn die Dynamik des Geschehens in eine historische Verantwortung hineinziehen, die jeder gute Deutsche dem Generalfeldmarschall ersparen möchte.

Schon die nächsten Tage würden den Offensivgeist und die politische Kampfkraft der nationalsozialistischen Bewegung erneut unter Beweis stellen. Man werde sehen, was die anderen den nationalsozialistischen Angriffen noch entgegenzusetzen haben. Vielleicht hätten sie inzwischen gelernt, daß zu faulen Kompromissen auf Kosten der Nationalsozialisten heute noch weniger die Zeit sei als am 13. August. Das deutsche Volk aber werde erkennen, daß ihm nicht das falsch verstandene Idol einer Präsidialregierung helfen könne, sondern daß allein die nationalsozialistische Bewegung das Schicksal Deutschlands in den Händen halte. Je eher diese Erkenntnis auch im Reichspräsidentenpalais durchdringe, um so besser; denn um so weniger brauche sie dann durch die Härte der Tatsachen erzwungen zu werden.

Der Zeitpunkt für eine Regierungsumbildung in Bayern noch nicht gekommen

T.U. **München,** 15. Nov. Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz" schreibt u. a.: „Münchener und Berliner Blätter ergehen sich in allerlei Mutmaßungen über eine im Gange befindliche Umgestaltung der Regierungsverhältnisse in Bayern. Es werde u. a. behauptet, die Bayerische Volkspartei habe mit der N.S.D.A.P. Fühlung zum Zwecke einer Koalitionsbildung im Bayerischen Landtag genommen. An allen diesen Gerüchten sei kein wahres Wort. Die Bemühungen der B.V.P. seien zurzeit völlig darauf gerichtet, an der Schaffung gesicherter und unbeschränkter Regierungsverhältnisse im Reich mitzuarbeiten. Erst wenn sich hier klarer sehen lasse, werde der Zeitpunkt gekommen sein, erneut die Frage der Regierungsumbildung in Bayern zu prüfen.

Frankreichs Abrüstungsplan

Noch keine Klarheit

Der in Genf überreichte französische Abrüstungsplan kann seinen Urheber Frankreich nicht verleugnen, stellt jedoch wiederum, wie auch schon andere Vorschläge, nur eine halbe Maßnahme auf dem Wege zur Abrüstung dar. Nirgendwo ist zu erkennen, daß angriffsgefährliches Kriegsmaterial tatsächlich abgebaut und zerstört werden soll. Es fällt auch auf, daß lediglich der Teil der Vorschläge über die festländischen europäischen Landheere ziemlich genau ausgearbeitet ist, während die kolonialen Armeen und Kriegsflotten mit sehr unbestimmten Vorschlägen bedacht sind, so daß diese Staaten von vornherein ein Uebergewicht über die sonstigen europäischen Staaten erhalten würden. Für Deutschland sind die Bestimmungen über die gegenseitige Hilfe, wonach ein Einmarsch, der auf Grund eines bestehenden Abkommens geschieht, oder im Falle der rechtmäßigen Verteidigung im Hinblick auf die Bestimmungen des Versailler Vertrags über die „Entmilitarisierung" des Rheinlandes sehr wichtig. Diese Bestimmungen über die „Entmilitarisierung" haben seinerzeit bewiesen daß ein Hilfsabkommen in einer äußerst zweifelhaften Weise ausgelegt werden kann. Bedenklich ist ferner daß bei der Anwendung derartig bestehender Abkommen, also bei einem Angriff, der international rechtlich nicht als Angriff betrachtet wird, der Angriffsstaat keinen Anspruch auf gegenseitige Hilfe hat, und daß zudem die Feststellung, ob ein Angriff geschieht und wer der Angriffsstaat ist, dem Völkerbundsrat unter Durchbrechung des Grundsatzes der Einstimmigkeit zugunsten der Mehrheitsentscheidung überlassen bleibt. Im übrigen schafft der Plan an Stelle der bisherigen Völkergruppierung drei Mächtegruppen von verschiedenen Werten und Pflichten, die Kellogg-Mächte, die eine Art Gegenseitigkeitsabkommen untereinander eingehen sollen, die Völkerbundsmächte, die sich zu einer verschärften Anwendung der Zwangsmaßnahmen des Artikels 16 bereit finden sollen, und die europäischen Festlandsmächte, denen ein gemeinsames Rüstungsabkommen vorgeschlagen wird, das die bereits bestehenden Militärbündnisse und Bündnismöglichkeiten der Mächte außerhalb des europäischen Festlandes außer Rechnung läßt.

Politisch wird man den Plan in Deutschland wohl daraufhin untersuchen müssen, ob er die Frage nach der Gleichberechtigung Deutschlands beantwortet. Das ist nicht der Fall. Man versucht zwar, den Eindruck zu erwecken, als wolle er die Gleichberechtigungsfrage auf praktischem Wege lösen. Aber er schiebt auch diese Lösung auf das Ende der Konferenz hinaus. Praktisch wird eine Beantwortung der Gleichberechtigungsfrage wieder einmal hinter die französischen Sicherheitsansprüche vertagt und von dem guten Willen Frankreichs abhängig gemacht, seine Sicherheit als genügend anzusehen. Es wird deshalb notwendig sein, daß Deutschland noch einmal mit aller Klarheit betont, daß dieser Plan zwar eine Verhandlungsgrundlage darstellt, daß es aber von vornherein feststeht, daß sämtliche Staaten sich auf dieser Grundlage bei den Verhandlungen als gleichberechtigte Teilhaber treffen.

*

Englische Stimmen

London, 15. Nov. Der französische Abrüstungs- und Sicherheitsplan wird von der Presse als wertvoller Beitrag und als geeigneter Ausgangspunkt für Besprechungen bezeichnet. Es wird aber auch erklärt, daß es sich nicht um Vorschläge handle, die in Bausch und Bogen angenommen oder abgelehnt werden müßten. In den konservativen Blättern werden Zweifel an der praktischen Durchführbarkeit einiger Punkte geäußert vor allem in bezug auf die Rolle, die dem Völkerbund im Falle eines bewaffneten Konflikts zugedacht ist. Das Arbeiterblatt **„Daily Herald"** begnügt sich mit der Forderung, Sir John Simon solle die Hauptgedanken des französischen und des amerikanischen Planes entschieden unterstützen und namens der britischen Regierung einen ebenso entscheidenden Beitrag zur Abrüstungsfrage leisten. **„Times"** schreibt, der französische Plan enthalte einige Punkte, die auf den ersten Blick schwerlich als annehmbar bezeichnet werden können, aber der allgemeine Sinn des Planes stehe im Grunde nicht in Widerstreit mit den Vorschlägen, die von der britischen Regierung in großen Zügen bekanntgegeben worden seien. Somit brauche kein endgültiges Hindernis gegen eine Verschmelzung der Vorschläge Frankreichs, Großbritanniens und Amerikas über einen Plan der Rüstungsverminderung und -begrenzung zu bestehen. Ein solcher Plan sollte überdies von Anfang an der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung Genüge tun, indem er keine dauernde Unterscheidung in qualitativer oder quantitativer Beziehung zwischen dem deutschen Wehrsystem und dem anderer Nationen mache.

*

Der deutsche Standpunkt

zum französischen Abrüstungsplan

Berlin, 15. Nov. Nach Beurteilung der zuständigen deutschen Stellen charakterisiert sich der gestern veröffentlichte französische Plan durch seinen Aufbau von vornherein **nicht als ein Abrüstungsplan, sondern als ein Plan zur politischen Organisierung Europas nach den bekannten französischen Gesichtspunkten.** Es sind in neuer Form die alten Gedanken des Genfer Protokolls, die hier wieder aufgenommen werden und die schließlich auf die Sicherung des territorialen status quo hinauslaufen. Dabei enthält der Plan **zwei wesentliche logische Konstruktionsfehler.** Er verwechselt einmal Maßnahmen, die sofort verwirklicht werden könnten und müßten mit solchen, deren Durchführung lange Zeit erfordern würde. Ferner macht er Sicherheitsvorschläge, die eine bereits vollzogene allgemeine Abrüstung und einen gewissen Rüstungsausgleich zwischen allen Staaten zur Voraussetzung haben müßten. **Die Frage der deut-**

schen Gleichberechtigung wird in dem französischen Plan vollständig offen gelassen. Die Verwirklichung unserer Ansprüche wird in eine ungewisse Zukunft verschoben, wenn auch eine Art Rahmen dafür durch die Bestimmung, die dazu dienen muß, die Ungleichheit, die wir bekämpfen, zu verewigen.

Die Abrüstungswirkung des französischen Planes, wenn er angewandt würde, müßte recht geringfügig sein. Die nächste Wirkung wäre jedenfalls eine Vertagung der effektiven Abrüstung auf längere Zeit. Der Plan ist auch in seinem bescheidenen militärischen Teil vollkommen auf die französischen Bedürfnisse und die Entwicklung des französischen Heeres zugeschnitten, das auf dem Wege einer fortschreitenden Verkürzung der Dienstzeit nunmehr an der Milizgrenze angelangt ist. Der Plan sieht vor, daß andere Staaten dem französischen Beispiel folgen sollen, um den Abstand der zwischen dem französischen und anderen Heeren besteht, aufrecht zu erhalten. **Tatsächliche Gleichberechtigung und die Sicherheit, die aus der allgemeinen Abrüstung entspringt, wird anderen Staaten nicht gewährt.** Diese werden auf juristische Sicherungen verwiesen, sowie auf den Schutz, den ihnen die französischen Armeen auf Grund des Artikels 16 zuteil werden lassen würden. **Damit soll die politische Suprematie, wie sie sich aus der militärischen Wehrmacht ergibt, verewigt werden. Das Fehlen von konkreten Vorschlägen für die Verminderung der militärischen Kräfte muß auf das schwerste enttäuschen.**

Es ist vorauszusehen, daß bei Befolgung des französischen Vorschlages eine fünfjährige Abrüstungskonferenz anstelle einer fünfjährigen Abrüstungsetappe treten würde. In Paris hat man, offenbar im Gegensatz zu London, wo ein gewisses Verständnis für die Notwendigkeit zutage getreten ist, noch immer nicht Sinn und Zweck der Abrüstungskonferenz erkannt. Es bleibt abzuwarten, was die amerikanische Regierung, die das heute so brennend gewordene Problem der interalliierten Schulden mit der Abrüstung in Zusammenhang gebracht hat, hierzu zu sagen haben wird.

Eine verunglückte Rechtfertigung des Quai d'Orsay

T.U. **Paris**, 15. Nov. Die Sondernummer der „Kölnischen Illustrierten Zeitung", „Frankreich in Waffen", hat nicht nur in der französischen Presse, sondern auch am Quai d'Orsay beträchtliches Aufsehen erregt. Das geht schon daraus hervor, daß sich der Quai d'Orsay am Dienstag abend bemüßigt fühlte, eine sieben Schreibmaschinenseiten umfassende amtliche Verlautbarung herauszugeben, in der der Versuch unternommen wird, die Veröffentlichungen der „K.I.Z." zu widerlegen. Dieser Versuch muß als völlig mißglückt bezeichnet werden. Zunächst gibt die französische Regierung zu, daß die in dem Artikel „Frankreich kann in sechs Tagen marschieren" angeführten Zahlen über die französischen Truppeneinheiten in Friedenszeiten den Tatsachen entsprechen. Man habe jedoch daraus vollkommen phantastische Schlußfolgerungen bezüglich der militärischen Möglichkeiten im Kriegsfalle gezogen. Die Zahlen für die im Dienst stehende Armee seien Phantasiegebilde. Da es dem Quai d'Orsay offenbar unmöglich ist, diese angeblichen Phantasiegebilde zu widerlegen, muß es sich bezeichnenderweise mit der Ausflucht begnügen, es sei leider nicht möglich, die Unterstellung zurückzuweisen, da dazu Angaben gemacht werden müßten, die in allen Ländern geheim gehalten würden. Der an die französische Adresse gerichtet Vorwurf, daß das an der Nordostgrenze errichtete System von Befestigungsanlagen Offensivcharakter gegenüber Deutschland habe, könne, so wird vielfach erklärt, einer eingehenden Prüfung nicht standhalten. Die amtliche Verlautbarung bemüht sich alsdann, anhand von sehr viel Zahlen Dinge zu behaupten, die längst und oft genug widerlegt worden sind. Die alte Behauptung, der Bau des Panzerkreuzers „Dünkirchen" sei eine Folge des Baues der deutschen Panzerschiffe, die die Engländer bekanntlich Westentaschenpanzerkreuzer nennen, taucht wieder auf.

Das Programm der Ratstagung im November

Genf, 15. Nov. Auf der Tagesordnung des am 21. November zusammentretenden Völkerbundsrates steht als Hauptgegenstand neben dem bolivianisch-paraguayanischen Streit der chinesisch-japanische Konflikt. Auf der Grundlage des Lytton-Berichtes soll der Völkerbundsrat eine endgültige Lösung der Streitigkeiten vorschlagen, die dann der Bundesversammlung unterbreitet werden soll. Ferner soll die Beschwerde der deutschen Minderheit in Polen über die Anwendung der polnischen Agrarreform zuungunsten des deutschen Besitzes behandelt werden und auch der latente Konflikt zwischen Danzig und Polen.

Neuer Konflikt in Preußen

Berlin, 15. Nov. Im Unterausschuß des Hauptausschusses des preußischen Landtages, der am Dienstag zusammentrat, um über Sparanträge und Anträge zur Verwaltungsreform zu beraten, wurde festgestellt, daß Regierungsvertreter nicht erschienen waren. Die Vertreter der Kommunisten und Nationalsozialisten haben in dieser Tatsache eine Brüskierung des Landtages und empfahlen die Annahme einer scharfen Entschließung. Die Sozialdemokraten vertreten demgegenüber die Auffassung, daß der Hauptausschuß kaum für eine Klärung der Sachlage zuständig sei. Der Vorsitzende, Abgeordneter Hinkler (NS), machte Mitteilung von einer Unterredung, die er zusammen mit dem Landtagspräsidenten Kerrl mit dem Reichskommissar Dr. Bracht gehabt habe. Dieser habe empfohlen, Kommissare anzufordern, die aber keine anderen Befugnisse als Auskunftserteilung hätten, **da die kommissarische Regierung dem Landtage nicht verantwortlich sei und es überhaupt verantwortliche Minister zur Zeit in Preußen nicht gebe.** Dr. Bracht habe zum Ausdruck gebracht, daß er bereit gewesen wäre, einem Ersuchen entsprechend, im Rechtsausschuß zu erscheinen, doch habe ihm das **Leipziger Urteil diese Möglichkeit genommen.** Vom Zentrum wurde darauf erklärt, daß eine sachliche Beratung unter diesen Umständen keinen Zweck habe. Von einer Herbeirufung des Ministerpräsidenten Braun wurde nach längerer Aussprache Abstand genommen. Zu der nächsten Sitzung in der kommenden Woche solle die frühere Regierung unmittelbar eingeladen werden. Bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen nahm der Ausschuß dann eine Entschließung an, in der es heißt, daß der Ausschuß an der Erledigung seiner Aufgabe dadurch gehindert werde, daß Regierungsvertreter nicht erschienen seien. Er habe festgestellt, daß der Reichskommissar die Einladungen an das geschäftsführende Staatsministerium nicht weitergeleitet habe.

*

Zwei Hauptmann-Ehrungen durch Preußen

Berlin, 15. Nov. Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. meldet, begab sich am Dienstag der preußische Kultusminister Grimme in Begleitung von Ministerialdirektor Dr. Brecht zu Gerhart **Hauptmann** und überreichte ihm die Verleihungsurkunde für die Große Preußische Staatsmedaille. Die Staatsregierung ist der Meinung, daß sie allein zu einem solchen Hoheitsakt berechtigt sei, und daß allenfalls in ihrem Auftrage die kommissarische Regierung die Medaille überreichen könnte.

Aus Kreisen der kommissarischen preußischen Regierung wird erklärt, daß dadurch an der Sachlage und an dem Verlauf der offiziellen Feier im Staatlichen Schauspielhaus nichts geändert werde. Die kommissarische Regierung habe in keiner Weise die Absicht, sich in das Fahrwasser politischer Demonstrationen zu begeben. Die kommissarische Regierung werde trotz des Schreibens der Regierung Braun die beabsichtigte Verleihungsurkunde überreichen, da die von der Regierung Braun verliehene Urkunde nicht das Staatssiegel trägt. Auch bezüglich der Feier im Schauspielhaus gab es unliebsame Differenzen.

*

Unterredung Bracht — Brecht

Berlin, 15. Nov. Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. meldet, fand auf Wunsch des stellvertretenden Reichskommissars für Preußen Dr. Bracht am Dienstag eine Unterredung zwischen Dr. Bracht und dem Vertreter der Regierung Braun, Ministerialdirektor Dr. Brecht, statt. Die Besprechung diente der Vorbereitung der noch in dieser Woche zu erwartenden zweiten Unterredung zwischen dem Reichskanzler von Papen und dem Ministerpräsidenten Dr. Braun, in der eine Möglichkeit zur Bereinigung der aus dem Leipziger Urteil entstandenen Differenzen gesucht werden soll.

Reichsminister Dr. Warmbold vor dem Einzelhandel

Berlin, 15. Nov. Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold hielt heute nachmittag vor der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Ihre Tagung fällt in einen Zeitpunkt, in dem wir die ersten Anzeichen einer gewissen Besserung nach jahrelanger Krise beobachten können. Man darf daher die berechtigte Hoffnung haben, daß diese Besserungszeichen auch in den nächsten Monaten anhalten werden und daß, wenn keine besonderen Ereignisse eintreten, im kommenden Frühjahr ein noch deutlich sichtbarer Umschwung in der Wirtschaftslage der wichtigsten Länder und auch Deutschlands eintreten wird. Diese ersten Keime der Hoffnung müssen aber sehr pfleglich behandelt werden. Welche Anzeichen der Besserung können wir nun beobachten? Es ist keine Frage, daß auf dem Weltmarkte schon vor einigen Monaten die Rohstoffpreise eine Besserung erfuhren. Es ist ferner darauf hinzuweisen, daß die Lagervorräte in der Welt nicht mehr ansteigen, sondern daß zum mindesten Erzeugung und Verbrauch zum Ausgleich gebracht sind und daher die Lagervorräte das erreichte Niveau bewahren können. Von nicht geringerer Bedeutung ist die außerordentliche Verflüssigung der Geldmärkte in den wichtigsten Wirtschaftsgebieten der Welt. Die Verflüssigung der Geldmärkte hat außerhalb unserer Grenzen bereits begonnen, auf die Kapitalmärkte überzugreifen. Das muß als ein weiteres Zeichen der Besserung gewertet werden. Die Wirkung des niedrigen Reichsbankdiskonts auf den Kapitalmarkt hat sich auch in letzter Zeit bemerkbar gemacht. Die Kurse der festverzinslichen Papiere sind gestiegen, und das ist ja das beste Zeichen dafür, daß auch der Kapitalmarkt eine Belebung erfährt, die die Vorbereitung für den wirtschaftlichen Aufschwung darstellt.

Nach allen diesen Anzeichen dürfen wir auch für unser Land den Standpunkt vertreten, daß die Krise den Tiefpunkt erreicht hat, und daß wir erwarten dürfen, daß, wenn keine innerwirtschaftlichen Störungen den Verlauf der Dinge beeinträchtigen, in den kommenden Monaten seine langsame Besserung unserer Verhältnisse eintritt. Das Ihnen bekannte Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung hat daher, soweit sich heute übersehen läßt, den richtigen Zeitpunkt für Erleichterungen in den Belastungen, für Belebung auf den Kreditgebieten und für das Wachrufen einer neuen Wirtschaftsinitiative gefunden. Ich darf auch an dieser Stelle die Versicherung hinzufügen, daß die Reichsregierung und die Reichsbank an dem Grundsatze festhalten, an der Währung nicht zu rütteln und alles zu tun, um die Währung stabil zu halten.

Auf dieser Grundlage besteht auch für den Einzelhandel keinerlei Risiko, sich in das allgemeine Belebungsprogramm der Reichsregierung auf der ganzen Linie einzuschalten. Das wirksamste Mittel, die Kreditbereitschaft der Banken zu erhöhen, scheint mir auf dem Gebiete der Selbsthilfe zu liegen.

Es ist mir bekannt, daß Sie die schon lange in Aussicht stehenden Aenderungen der Gewerbeordnung mit Ungeduld erwarten. Ich darf Ihnen hierzu mitteilen, daß die Novelle, in der eine wirksamere Bekämpfung der Auswüchse im Hausier- und Wandergewerbe vorgesehen ist, sich schon seit einiger Zeit im Reichsrat befindet. Ich hoffe und wünsche daß sie dort alsbald beraten und verabschiedet werden möge. Zu dieser Novelle ist in jüngster Zeit noch eine Ergänzung vorgeschlagen und von der Reichsregierung angenommen worden, die die Möglichkeit geben soll, unzuverlässige Elemente des Handels durch Entziehung der Handelserlaubnis auszuscheiden. Durch die Notverordnung vom 9. März 1932 ist endlich die reichsrechtliche Grundlage für die Errichtung von Einigungsämtern geschaffen worden. Zusammenfassend darf ich sagen, daß wichtige Forderungen des Einzelhandels teils in den letzten Monaten ihre Erfüllung gefunden haben, daß teils ihre Erfüllung in kurzem bevorsteht. Ich weiß, daß viele Wünsche des Einzelhandels noch nicht befriedigt sind; ich darf Ihnen die Versicherung geben, daß das Reichswirtschaftsministerium gerne bereit sein wird, alle diese noch offenstehenden Wünsche mit Ihnen zu erörtern und sie eingehend zu prüfen.

Bericht der Deutschen Reichspost

über das zweite Vierteljahr 1932

Berlin, 15. Nov. Die Deutsche Reichspost veröffentlicht ihren Bericht über das zweite Viertel (Juli bis September) des Rechnungsjahres 1932. Gegenüber dem Vorjahre ist der Verkehr in fast allen Verkehrszweigen zurückgegangen. Gegenüber dem ersten Viertel (April bis Juni) des laufenden Rechnungsjahres hat sich die Verkehrsentwicklung etwas günstiger gestaltet. Die Zahl der Postscheckkonten stieg im Berichtsvierteljahr um 1638 auf 1 018 479. Der Auslandsüberweisungsverkehr ist auf rund 28 Millionen RM gesunken, d. h. etwas mehr als die Hälfte des Betrages im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Im Schnellnachrichtenverkehr wurden rund 5,7 Millionen Telegramme befördert und rund 533 Millionen Gespräche vermittelt, gegenüber 6,8 Millionen Telegrammen und 597 Millionen Gesprächen im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Im Funkauslandsverkehr wurden im Berichtsvierteljahr rund 476 400 Telegramme befördert. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer belief sich Ende September auf 4 077 347, davon waren von der Zahlung der Gebühren befreit 481 627 Teilnehmer. In den Monaten April bis Juni wurden 199 Schwarzhörer rechtskräftig verurteilt. Die Gesamteinnahmen im Berichtsvierteljahr werden mit rund 407 Millionen RM., die Gesamtausgaben mit rund 408 Millionen RM. ausgewiesen.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[17

Man hatte ihm, dem unbekannten bürgerlichen Anwalt, ja auch zuerst die Hand Marias verweigert; als ob ein ehrlicher bürgerlicher Name nicht auch etwas in der Welt wert wäre. Maria allein hatte nichts geerbt von dem Dünkel ihrer Familie.

Sie hatte erklärt, daß sie Robert heiraten würde oder ledig bleibe. Schließlich hatte sich die Familie gefügt.

Aber bei den Familientagen hatte Weltner immer wieder diese Mißachtung gegen den bürgerlichen Eindringling in die Familie Marias herausgefühlt. Er hatte es nur seiner glänzenden Stellung zu danken, die er sich geschaffen, daß man die Ehe Marias mit ihm nicht als eine Mesalliance ansah.

Nun traf er bei Ina den gleichen Hochmut, wie er ihn in dieser ganzen Kaste kennengelernt. Nein, sie konnte eben nichts dafür, sie war eben ein Produkt ihrer Erziehung. Wenn sie Edith Bernheim erst kennenlernen würde, dann würde sie wohl anders urteilen, und ihr gutes Herz würde siegen.

Er ging durch den Korridor zu seinen Zimmern. Da stutzte er. War da nicht ein Geräusch im Zimmer von Ralph?

Leise schaltete Weltner das Licht im Korridor wieder aus und lauschte. Wirklich, in die Stille klang etwas wie ein dünnes verzweifeltes Kinderweinen, das immer aufklang, um dann wie erstickt innezuhalten.

Vorsichtig öffnete Weltner die Tür, schaltete jäh das Licht ein. Das verweinte, tränenüberströmte Gesicht seines kleinen Jungen sah ihm erschreckt entgegen und versteckte sich im nächsten Augenblick in den weißen Kissen des Bettes.

„Aber Kind! Aber Ralphi!" Mit einem Schritt war Weltner an dem weißen Kinderbettchen und setzte sich auf den Rand, Ralphs Hand ergreifend. „Bist du krank? Was ist dir? Warum weinst du?"

Besorgt faßte er nach der Stirn des Kindes, aber sie zeigte nur die Wärme der Erregung, nicht die eines Fiebers.

„Was ist dir, Ralph?" fragte Weltner noch einmal und versuchte das tränenüberströmte Gesicht aus den Kissen zu lösen, in die er es hartnäckig gepreßt hielt. „Warum bist du denn so traurig? Sag es mir doch, mein Junge!"

Er streichelte leise und behutsam die weichen blonden Haare des Kindes, die den gleichen lichten Schimmer hatten wie einst Marias Haare.

Das Schluchzen wurde stärker; ein unartikulierter Laut kam aus dem bebenden Kindermund und endlich klang es leise:

„Mir ist so bange nach der Mutti — und mir ist so bange nach dir — niemand hat Zeit für mich, niemand hat mich lieb. Alle sagen, daß ich unartig bin und ein böser Junge — und ich bin doch nur unartig, weil mich keiner lieb hat..."

Die Kinderstimme erstickte in maßlosem Jammer, der kleine Körper zitterte.

„Aber mein Junge, mein lieber kleiner Kerl!" Weltner streichelte hilflos über den schmalen Kindskopf und die zuckenden Hände. „Was sind das für Torheiten? Niemand hat dich lieb? Weißt du denn nicht, daß ich dich lieb habe, sehr, sehr lieb, mein kleiner Ralphi?"

„Tante Ina sagt aber, daß du mich nicht lieb hast", klang wieder die schluchzende Kinderstimme, „weil ich immer so unartig bin."

„Das mußt du falsch verstanden haben, mein kleiner Ralphi", sagte der Vater ruhig. „Ein Vater hat seinen kleinen Jungen immer lieb, auch wenn er einmal ungezogen ist. Nur freilich, der Vater ist froher, wenn er hört, daß sein Junge verständig ist und allen Menschen Freude macht. Aber lieb — lieb hat ein Vater sein Kind immer. Das mußt du mir glauben. — Glaubst du es; sieh mich doch einmal an!"

Sanft zwang er den verwuschelten kleinen Blondkopf aus den Kissen. Mit großen, ernst fragenden Augen blickte das Kind den Vater an; und plötzlich schlang es mit einer angstvollen Bewegung die mageren Kindsärmchen um seinen Hals:

„Ja, ich glaub' es, Vati. Aber ich hab' so Angst, daß du auch einmal von mir fortgehen könntest wie die Mutti. Warum ist sie fortgegangen? Warum habe ich sie nicht mehr? Ich habe manchmal solche Angst, Vati, solche Angst."

Erschüttert barg Rechtsanwalt Weltner sein Kind in seinen Armen:

„Du mußt keine Angst haben, mein kleiner Ralph. Gott hat es so gewollt, daß die liebe Mutti zu ihm in den Himmel kam — aber er wird es auch wollen, daß ich immer bei dir bleiben kann, um dich zu schützen und lieb zu haben. Aber nun mußt du ganz vernünftig sein und schlafen, sonst bist du morgen krank, und dann muß ich mich sorgen. Ich werde Tante Ina bitten, daß sie sich nebenan ins Wohnzimmer setzt, dann bist du nicht allein."

Da richtete der Knabe sich mit einem verstörten Gesicht auf:

„Bitte, nicht Tante Ina, Vati! Ich will auch ganz gewiß einschlafen. Aber nicht Tante Ina sagen, daß ich noch munter war, dann schilt sie wieder."

„Nun gut", schloß Weltner mit einem Seufzer, „dann werde ich nichts sagen. Schlafe nun ruhig ein, mein kleiner Ralph. Ich lasse die Tür zum Korridor auf und auch die zu meinem Zimmer, da kannst du immer den Lichtschein sehen und weißt, der Vati ist wach und denkt an seinen kleinen Jungen."

Da ging ein glückliches Leuchten über das verweinte Kindergesicht; noch ein tiefes Aufschluchzen, dann kuschelte der Knabe sich zufrieden und getröstet in die Kissen.

Weltner saß noch einen Augenblick stumm am Bett seines Kindes; diese nächtliche Szene hatte ihm sehr zu denken gegeben.

(Fortsetzung folgt.)